

Solidarische Gesellschaft auf der Basis der Kapitalverwertung – Alternative zu Finanz- und Wirtschaftskrise?

Vertrauen schaffen

Die Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände und ihr Hauptgeschäftsführer Göhner beobachten mit Sorge ein „*rasant abnehmendes Vertrauen der Menschen in die soziale Marktwirtschaft und die Führungseliten der Wirtschaft*“ (WiWo 03.11.2008).

Da muss man gegensteuern. Deshalb bezeichnete Merkel in der Regierungserklärung vom Oktober 2008 die Wiederherstellung der Vertrauens als wichtigstes Ziel aller Regierungsmaßnahmen von CDU und SPD (Die Welt 07.10.2008). Horst Seehofer schlug am Aschermittwoch sogar einen „Vertrauenspakt zwischen der Bevölkerung und der Politik“ vor (FAZ 26.02.2009).

Der DGB ruft zu einer Demonstration am 16.05. auf. Die Aufarbeitung der gegenwärtigen Krise muss „*ein klares Bekenntnis zur sozialen Marktwirtschaft und gegen den Shareholder-Value-Kapitalismus beinhalten*“, sagte DGB-Chef Sommer: Er fordert die Rückbesinnung auf menschliche Werte. Auch Lafontaine erklärte: „*Es geht darum, wieder Werte wie Mitmenschlichkeit und Gerechtigkeit in den Mittelpunkt gesellschaftlichen Handelns zu stellen*“ (Bonner Generalanzeiger 19.02.2009). Im Mittelpunkt der Gesellschaft steht jedoch das Kapital und seine Verwertung und der einzige Wert, den es akzeptiert sind ökonomische Werte, ausgedrückt im Wert von Waren, in Geld.

Die Demonstration vom 28. März 2009 stand ursprünglich unter dem gemeinsam am 6.1. in Frankfurt beschlossenen Motto: „Wir zahlen nicht für Eure Krise.“ Dann mogelten die Organisatoren, also Linkspartei und attac, in das Motto eigenmächtig den nicht beschlossenen Zusatz hinein „Für eine solidarische Gesellschaft“.

Die Solidarische Gesellschaft soll, wie es im Aufruf heißt, ein System sein, das endlich „Mensch und Natur dient“, ein System in dem Bildung, Gesundheit, Infrastruktur, Energie usw. keine Waren mehr sein sollen. Die Arbeitskraft aber soll eine Ware bleiben. Anscheinend verkörpern sich im Warencharakter der Arbeitskraft die gewünschten menschlichen Werte. Die Solidarische Gesellschaft soll auf einem Systemwechsel beruhen, aber auch alle sachlichen Produktionsbedingungen, Maschinen und Gebäude, alle Lebensmittel, sowie auch Geld sollen Waren bleiben. Die Solidarische Gesellschaft soll also eine kapitalistische Gesellschaft sein, in der nach wie vor Menschen nur leben können, wenn ihre Arbeitskraft von jemandem gekauft wird, der mehr aus ihr herausholt, als sie kostet. Als Schritte auf dem Weg in die Solidarische Gesellschaft, also einen Zustand, in dem das Kapital endlich „solidarisch“ wird, werden ein armutsfester Mindestlohn, eine Erhöhung von Hartz IV, Arbeitszeitverkürzung ohne Lohnverzicht usw. gefordert.

Bei so viel Zutrauen in die Fähigkeit des Kapitals, Dienerin der von ihm Abhängigen zu werden, sollten wir uns das Kapital etwas näher anschauen.

I) Finanzkrise

Das Flaggschiff der Sozialen Marktwirtschaft in Deutschland, die Deutsche Bank, hatte Ende 2008 ein Eigenkapital von 31,1 Mrd. € und eine Bilanzsumme von 2.202 Mrd. €. Die Bank weist eine Eigenkapitalquote von 10,1% aus. Was bedeutet das?

Aufbau von Bankbilanzen

Jede Bilanz besteht aus Aktiva (Vermögen) und Passiva (Kapital). Die Bilanzsumme gibt auf der Seite der Passiva den Umfang der Mittel an (Eigenkapital und Fremdkapital), auf der Seite der Aktiva die Verwendung der Mittel (Forderungen, Wertpapierbestand, Vermögen usw.). Die Bilanz muss ausgeglichen sein. Wenn Vermögenswerte an Wert verlieren, weil z.B. Kredite nicht mehr mit Zins und Tilgung bedient werden können oder Wertpapiere an Wert verlieren, müssen sie abgeschrieben werden, d.h. das Vermögen auf der Seite der Aktiva vermindert sich. Abschreibungen vermindern den Jahresüberschuss, das Ergebnis der Gewinn- und Verlustrechnung, können ihn aber auch völlig aufzehren und zu Verlusten führen oder sich mit Verlusten aus dem laufenden Geschäft zum Gesamtverlust addieren. Wenn bei der Gewinn- und Verlustrechnung einer Bank Verluste anfallen, wird das Eigenkapital aufgebraucht. Das Eigenkapital muss jedoch in einem bestimmten Verhältnis zu den Risiken auf der Seite der Aktiva stehen, d.h. auf der Seite der Bilanz, auf der die Verwendung des Eigen- und Fremdkapitals der Bank registriert wird. Die Geschäfte der Bank müssen mit Eigenkapital abgesichert sein. International wird reguliert, in welchem Verhältnis das Eigenkapital zur Bilanzsumme, also der Summe der Aktiva stehen muss. Da die Risiken nicht bei jeder Verwendung der Mittel gleich sind, werden die Risiken gewichtet. Für Staatsanleihen z.B. muss kein Eigenkapital unterlegt werden. Das entsprechende Abkommen wird als Basel II bezeichnet, weil es am Sitz der Bank für Zahlungsausgleich in Basel abgeschlossen worden ist.

Die Eigenkapitalquote muss mindestens 8% der risikogewichteten Aktiva betragen. Wenn z.B. aufgrund von Abschreibungen zu viel Eigenkapital aufgezehrt wird und nicht durch neu aufgenommenes Kapital ersetzt werden kann, kann das dazu führen, dass die vorgeschriebene Eigenkapitalquote unterschritten wird. Die Ansprüche der Eigentümer des Bankkapitals (in Form von fremdem oder eigenem Kapital) können nicht mehr befriedigt werden, weil das Kapital, aus dessen Verwendung diese Ansprüche befriedigt wurden, vernichtet ist. Wenn die Bank kein frisches Eigenkapital mehr bekommt oder sich durch Verkäufe von Vermögensbestandteilen refinanzieren kann, tritt ein Zustand der Überschuldung ein, der zum Konkurs führt.

Im Konkursfall wird das noch vorhandene Vermögen auf die Gläubiger aufgeteilt.

Verzehr des Eigenkapitals durch Abschreibungen

Zurück zur Deutschen Bank. Der Umfang der von der Bank selbst angegebenen unverkäuflichen Wertpapiere und Kredite belief sich Ende 2008 auf 89 Mrd. €, dem Dreifachen des Eigenkapitals in Höhe von 31,1 Mrd. €. Würde nur ein Drittel

des bilanzierten Werts der unverkäuflichen Wertpapiere abgeschrieben werden müssen, wäre das Eigenkapital aufgezehrt und die Deutsche Bank zahlungsunfähig. Kein Wunder, dass Ackermann auf die Übernahme der unverkäuflichen Wertpapiere durch eine staatliche Bad Bank drängt, damit der Konkurs der Bank verhindert werden kann.

Die Deutsche Bank weist eine Eigenkapitalquote von 10,1% aus, erfüllt damit die Bedingungen der Finanzaufsicht für solide Bilanzen. Eigenkapital muss nach den Regeln der internationalen Finanzaufsicht nur im Verhältnis zu den Risiken der Kredite, Wertpapiere usw. vorgehalten werden. In welcher Höhe Risiken existieren, entscheidet die Deutsche Bank selbst. Die Bilanzsumme von 2.202 Mrd. € wurde risikogewichtet auf 308 Mrd. € eingedampft. Nur diese Summe muss mit 8% Eigenkapital unterlegt sein.

Die Banken der sogenannten Sozialen Marktwirtschaft in Deutschland verfügten im November 2008 über ein Eigenkapital in Höhe von 366 Mrd. € (Monatsbericht Bundesbank 01/2009, IV.2. Banken). Das Finanzministerium schätzt die risikobehafteten Papiere und Kredite der Banken in Deutschland auf bis zu 1.000 Mrd. €. Wenn nur ein Drittel davon abgeschrieben werden müsste und nicht durch entsprechende Gewinne aufgefangen werden könnte, wäre das Eigenkapital aufgefressen. Handelsblatt und Financial Times Deutschland schreiben offen, dass das Bankensystem in Deutschland faktisch bankrott sei.

Die Verluste des US-Finanzsektors könnten nach Einschätzung von Nouriel Roubini, einem New Yorker Professor, 3,6 Bio. \$ erreichen (<http://www.rgemonitor.com/707>). Das ist mehr als das BIP Frankreichs und Großbritanniens zusammen genommen. 1,8 Bio. \$ müssten bei den US-Banken abgeschrieben werden. Der restliche Abschreibungsbedarf von 1,8 Bio. fällt vor allem bei Banken außerhalb der USA an, die verbriefte Giftmüllpapiere gekauft haben.

Das Eigenkapital der Geschäftsbanken (Commercial Banks) der USA belief sich Ende 2008 auf 1,2 Bio. \$. Wenn die Verluste des US-Bankensystems tatsächlich 1,8 Bio. \$ erreichen, wäre das gesamte Eigenkapital aufgezehrt. Das US-Finanzwesen wäre damit zusammengebrochen.

Die letzten Schätzungen von Roubini besagen, dass außer den 1,2 Bio. \$ in subprime-Hypotheken versenkten Kapital weitere Kredite und Wertpapiere im Umfang von 7 Bio. \$ in Gefahr stehen, den größten Teil ihres Werts zu verlieren. Wenn die Rezession weiter fortschreite, würden weitere Billionen jetzt noch hochrangiger Unternehmensanleihen und erstklassiger Hypotheken usw. im Wert fallen (Matthew Richardson, Nouriel Roubini, Nationalize the Banks! We are all Swedes Now, Washington Post 13.02.2009).

Eigenkapitalquoten

Wenn das Eigenkapital der US-Banken auf die gesamten Aktiva bezogen wird, nicht nur auf die risikogewichteten Vermögen, beträgt die so berechnete Eigenkapitalquote der Geschäftsbanken der USA, d.h. Eigenkapital bezogen auf ihre Bilanzsumme, immerhin 9,7%

(<http://www.federalreserve.gov/releases/h8/20081229>). Auf einen Dollar Eigenkapital kommen zehn Dollar Fremdkapital. Offensichtlich reicht aber auch diese Quote nicht aus, um die Risiken abzudecken. Die Eigenkapitalquote der Deutschen Bank jedoch ist 1,4%. Das Verhältnis von Eigenkapital zu Fremdkapital liegt also bei 1 zu 71. Damit kann sie mit jedem Hedge Fonds mithalten. Das Verhältnis von Eigenkapital zur Bilanzsumme bei den deutschen Banken insgesamt liegt mit 4,5% bei weniger als der Hälfte derjenigen der USA. Je geringer die Eigenkapitalunterlegung der Geschäfte ist, desto eher werden Risiken auf die ganze Gesellschaft abgewälzt. So viel zum Sozialen bei der Sozialen Marktwirtschaft. Alles im Griff auf dem sinkenden Schiff.

II) Zu den Ursachen der Finanzkrise

Zusammengefasst hat sich diese Lage ergeben, weil der Reichtum dieser Gesellschaft die Eigenschaft hat, Kapital zu sein und weder Werkzeug der Mitmenschlichkeit **ist** noch der Beseitigung der Armut **oder gar** der Verwirklichung von Gerechtigkeit **dient**.

Kapitalüberschuss

Grundproblem ist der stark gestiegene weltweite Kapitalüberschuss, der in der sogenannten Realwirtschaft erzeugt wurde. Die Bilanzsumme der Banken hat sich im letzten Konjunkturzyklus bis 2006 weltweit auf 75 Bio. \$ mehr als verdoppelt, die außerbilanziellen Geschäfte nicht gerechnet. Die Banken verfügten in zunehmendem Umfang über Gelder von Unternehmen und privaten Haushalten, die überschüssig sind, d.h. im Reproduktionsprozess des Kapitals zeitweise oder dauerhaft brachliegen.

In den USA ist die Bilanzsumme allein der Geschäftsbanken von Ende Dezember 2000 bis Ende Dezember 2008 von 6.102 Mrd. \$ auf 12.321 Mrd. \$ explodiert oder etwa 80% des BIP.

(www.federalreserve.gov/releases/h8/20081205/) Die Gesamtverschuldung der USA, als Kehrseite der Bilanzexplosion, hatte Ende 2007 47 Billionen \$ erreicht, d.h. 340% des BIP oder das 3,8-fache des Nationaleinkommens. **Diese Schulden werden** Sie ~~wird~~ niemals mehr zurückgezahlt werden können.

Die Euro-Zone weist kein besseres Bild auf. Hier ist die Bilanzsumme der Banken von Januar 2000 bis November 2008 sogar von 11.672 Mrd. Euro auf 24.611 Euro geklettert (Monatsbericht Bundesbank April 2001, 10*, Januar 2009, 10*) und erreichte sogar weit über 250% des BIP.

Deutsche Banken legten von 2000 bis 2008 um etwa 2.000 Mrd. € zu, während das BIP nur um 500 Mrd. € stieg.

Grundproblem ist also, dass der Kapitalismus Berge überschüssigen Kapitals aufgehäuft hat, mit denen er nicht fertig wird. Er wird mit seinem Reichtum nicht fertig. Das ist das Grundproblem, nicht die Bonuszahlungen für gierige Banker. Auch nicht die Krise des US-Hypothekenmarkts, der nicht verhinderte Zusammenbruch von Lehman Brothers, die mangelnde Regulierung bzw. die Deregulierung der Kapitalmärkte oder etwa gar eine bestimmte Denkweise, die des Neoliberalismus.

Hauptanlageform für das den Banken zur Verfügung stehende überschüssige Geldkapital der sog. Realwirtschaft ist der Kredit. Der Umfang der Kredite an Nicht-Banken in der Euro-Zone stieg von 8.270 Mrd. Euro auf 15.224 Mrd. Euro. Nur 16% der Kredite gingen an öffentliche Haushalte, der Rest an Unternehmen und private Haushalte.

Fall der Eigenkapitalrenditen

2/3 bis 3/4 der Bankprofite stammen aus dem Kreditgeschäft. Das Überangebot an Geldkapital drückt jedoch das Zinsniveau nach unten und untergräbt damit die Hauptquelle der Bankprofite, den Zins. Das Kapital erstickt an seinem Überfluss. Schon Marx stellte fest, dass *„abgesehen von der Profitrate, der Zinsfuß eine Tendenz zum Fallen (hat) ... infolge des Wachstums des verleihbaren Geldkapitals“* (Marx, Das Kapital Bd. III, 637).

Die Durchschnittsraten der Zinsen für Dreimonatsgeld und für langfristige Anleihen der öffentlichen Hand sind in den letzten Jahrzehnten weltweit gefallen.

Zinsüberschuss nennt man den Überschuss der Zinszahlungen für ausgeliehenes Geld über die Zinszahlungen an die Einleger. Die Zinsüberschüsse sind gestiegen.

Aber um die Zinsüberschüsse zu erwirtschaften, musste aufgrund der gefallen Zinsen eine größere Masse an Kapital in Bewegung gesetzt werden. Zinsspanne oder Zinsmarge nennt man das Verhältnis des Zinsüberschusses zum insgesamt in Bewegung gesetzten Kapital, ausgedrückt in der Bilanzsumme. Die Zinsspanne ist gefallen, verstärkt ab Mitte der 90er Jahre. In Deutschland z.B. von 1,9% im Zyklus 1980-1991, über 1,6% im Zyklus 1991-2000 auf 1,15% im Zyklus 2000-2007 (eigene Berechnung nach Angaben der Bundesbank über die Ertragslage der deutschen Kreditinstitute, Monatsberichte).

Der Fall der Zinsmargen ist Grundlage eines langfristigen Falls der Eigenkapitalrenditen im Bankwesen. In der letzten Krise 2000-2003 fielen die Eigenkapitalrenditen nach Angaben der Bank für Zahlungsausgleich in Basel, der Bank der Zentralbanken, weltweit auf neue Tiefstände (vgl. Jahresberichte der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich -><http://www.bis.org>).

Methoden, gefallen Renditen entgegenzuwirken

Die Methoden, mit den gesunkenen Eigenkapitalrenditen fertig zu werden, sind der Ausgangspunkt für die Finanz- und Wirtschaftskrise ab 2007. Das Grundprinzip dieser Methoden bestand darin, die Profitmasse mit einem hohen Einsatz von Krediten und möglichst wenig Eigenkapital zu steigern und darüber die Eigenkapitalrendite hochzuhebeln. Die Staaten und ihre Aufsichtsorgane haben, weil sie Vertretungsorgane des Finanzkapitals sind, diese Methoden erlaubt, **damit** sich die Bedingungen der Kapitalverwertung für das Geldkapital verbessern. Die Ursache der Finanzkrise liegt also in der Verwertung von Geldkapital überhaupt, nicht in einer mangelnden Regulierung bzw. fehlerhafte Kontrolle bzw. Aufsicht über die Verwertung von Geldkapital.

Um bei gleichem Eigenkapital mehr Kredite vergeben zu können, wurden Kredite auch an unsichere Schuldner gebündelt und möglichst schnell gegen Provision

weiterverkauft (verbrieft),. Das betrifft alle Arten von Krediten, nicht nur die an Hausbesitzer, auch die an Unternehmen, andere Banken, Staaten, Konsumentenkredite usw.. Gleichzeitig wurden die infizierten Kredite mit Versicherungswertpapieren (CDS) abgesichert, die ihrerseits so schnell wie möglich weiterverkauft wurden. Ob die Inhaber dieser Wertpapiere zahlungsfähig sind, interessiert bis heute niemanden.

Hedgefonds und „Heuschrecken“ wurden von Banken mit Krediten vollgepumpt, ebenfalls um Renditen hochzuhebeln. Langfristige Kredite wurden mit kurzfristigen bezahlt, um ohne Einsatz von Eigenkapital an der Zinsdifferenz zu verdienen usw. Die Explosion der Wettgebühren aus dem Verkauf von Wetten auf Preise, Kurse, Währungen, Rohstoffe usw. hat ebenfalls hier seine Ursache. Die Banken stachelten mit hohen Bonuszahlungen Banker an, damit sie neue riskante Wege zur Anhebung der Renditen finden sollten. Die Bonuszahlungen waren Mittel zum Zweck.

Alle diese Methoden waren keine persönlichen Fehler, die bei geringeren Managergehältern nicht passiert wären, sondern im Großen und Ganzen sachliche Notwendigkeiten, die von den ökonomischen Gesetzen der Kapitalverwertung diktiert wurden. Kapitalverwertung und Solidarität können ebenso wenig eine Ehe eingehen wie Feuer und Wasser. Solidarische Kapitalverwertung gibt es nicht, allenfalls bei vereinzelt Kleingewerbetreibenden.

Entwicklung der Renditen wird meist ausgeblendet

Mit dem Zustand der Kapitalverwertung beschäftigen sich die Vertreter des Systemwechsels nicht, weil der Systemwechsel ja nur Politikwechsel auf dem Boden dieses Systems sein soll.

Aber da gibt es ja Gottseidank die Bundesbank.

Sie erklärte, dass „*sinkende Margen aggressive Geschäftspraktiken begünstigten*“ (Neuere Entwicklungen im internationalen Finanzsystem, Deutsche Bundesbank, Monatsbericht 7/2008, 19). Axel A. Weber, der Präsident der Bundesbank, ließ sich die Einsicht entlocken: "*Der Prozess der Bereinigung der Bankbilanzen trifft ... vor allem das Kreditersatzgeschäft. Die Verluste (der Kreditwirtschaft in Deutschland) kommen vor allem aus Wertpapierportfolien, die aufgebaut wurden, um die zu geringen Margen im Kreditgeschäft im Inland zu ersetzen und durch höhere Erträge am Kapitalmarkt oder von Immobilienmärkten im Ausland auszugleichen*" (Handelsblatt 5.12.2008). Dasselbe gilt nach Auskunft der Bank der Zentralbanken, der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich. "*In den USA waren die Zinsmargen weiterhin höher als in anderen Industrieländern, wenngleich sie in historischer Betrachtung nach wie vor niedrig waren und durch höhere Gebühren- und Provisionsgeschäfte wettgemacht werden mussten*" (BIZ 74. Jahresbericht, 137).

Diese knappen Eingeständnisse sind herausragend. Renditen, nicht Gerechtigkeit oder Armutsbekämpfung sind das A&O der Verwertung von Kapital. Renditen bzw. Profitraten sind, der „Stachel der kapitalistischen Produktion“ und ihr Fall „erscheint ... als bedrohlich für die Entwicklung des

kapitalistischen Produktionsprozesses“ (Das Kapital Bd. III, 251 f.). Der Fall der Profitraten fördert Spekulation, sagt der Mann mit dem Bart weiterhin. Alle, die an der Erhaltung und bestenfalls Reformierung der Kapitalverwertung interessiert sind, interessieren sich für das A&O des Kapitalismus, seine Verwertung, so gut wie nicht. Und so beschäftigen sich die Vertreter der Arbeitgeber und die Spitzen ihrer Sozialpartner lieber mit der Verteilungsfrage, also damit, ob Gewinne oder Löhne und Sozialleistungen zu hoch oder zu niedrig sind, ob sie gerecht oder ungerecht sind. Die sich höher und höher auftürmenden Schranken der Kapitalverwertung sind bedrohlich und erzeugen nicht das Vertrauen auf eine Solidarische Gesellschaft der Kapitalverwertung, das ja doch aufgebaut werden soll. Insoweit ist die Krise eine Chance. Sie kann das Wolkenkuckucksheim einer solidarischen Kapitalverwertung erschüttern.

Kapitalverwertung ist das Problem

Es geht nicht darum, die Kapitalverwertung a la Soziale Marktwirtschaft in welcher Form auch immer zu verteidigen, sondern sie anzugreifen. Auch die „Soziale Marktwirtschaft“ verjubelt den Reichtum dieser Gesellschaft lieber in Spekulation, als ihn z.B. für Arbeitszeitverkürzung auf 30 Stunden bei vollem Lohnausgleich zu verwenden.

Die Kapitalverwertung, egal ob unter dem Etikett Neoliberalismus oder Soziale Marktwirtschaft, führt in die Finanzkrise hinein, nicht hinaus. Die Verwertung des Kapitalüberschusses musste in die Krise führen, weil die aus der Explosion von Krediten resultierenden Zahlungsansprüche an Zins und Tilgung irgendwann eben nicht mehr von den Schuldnern finanziert werden können, seien es Hausbesitzer, Konsumenten, Unternehmen, Banken oder Staaten. In Finanzkrisen wird das überschüssige Kapital entwertet und vernichtet. Die Party geht vorbei und bezogen auf den gesamten Zyklus macht der tiefe Fall der Renditen die Höhenflüge des Booms mehr als wett.

Diese Verwertungsprobleme erzeugen das Interesse, alle die Methoden so weit es geht aufrecht zu erhalten, die Extraprofite ermöglichten, aber abgeschafft gehörten, weil sie die Krise vertieft haben. Um die Kreditvergabe einzuschränken, müsste das Eigenkapital mindestens 20% der Bilanzsumme betragen. Kreditverbriefung müsste untersagt sein, genauso wie Versicherungsgeschäfte mit CDS, ohne vorgeschriebene Sicherheiten. Das Zocken mit Derivaten muss aufhören, Hedgefonds und Beteiligungsgesellschaften sowie Zweckgesellschaften müssten wenigstens denselben Regeln unterliegen wie Banken usw.. Die Finanzkonzerne kämpfen darum, möglichst wenig Zugeständnisse zu machen und bereiten damit die nächste Krise vor.

Aber erst mal gilt:

Abschreibungen schmelzen den von Banken verwalteten Reichtum auf das Niveau ab, das mit dem beschränkten Interesse an Profitraten aus der Anlage von Geldkapital vereinbar ist. Aber der Vernichtungsbedarf mitsamt der

Vernichtung der entsprechenden Arbeitsplätze ist ebenso gigantisch wie die Kredite, die vorher vergeben wurden. Es wird viele, viele Jahre dauern, bis die Bilanzen bereinigt sind, wenn es überhaupt noch gelingt. Der Kredit als Mittel, Kapitalüberschüsse zu verwerten, hat sich als Dopingmittel bewährt, ist aber zugleich ein Mittel, die bestehende Produktionsweise massiv zu erschüttern.

III) Verstaatlichung/Vergesellschaftung

Die privaten Banken haben ihre privaten Geschäfte für Private weltweit letztlich auf Rechnung der ganzen Gesellschaft betrieben. Sie haben mit Zustimmung ihrer Staaten größere und riskantere Krediträder mit weniger Eigenkapital gedreht als jemals zuvor, um dem Fall ihrer Renditen entgegen zu wirken. Sie konnten ja mit einer unausgesprochenen Staatsgarantie rechnen. So viel zum Liberalismus beim Neoliberalismus. Die staatlichen Landesbanken waren auch nicht besser als die privaten. Auch sie vertreten Sonderinteressen.

Um den Zusammenbruch des Kreditsystems zu verhindern, sehen sich die kapitalistischen Staaten jetzt gezwungen, den Gesetzen des Marktes, die sie grundsätzlich verteidigen, verzweifelten Widerstand zu leisten. Insolvente Banken werden mit Hunderten von Milliarden am Leben gehalten, obwohl sie zugrunde gehen müssten. Kredite, die sich Banken untereinander gar nicht mehr geben würden, werden von Staaten verbürgt. Zentralbanken kaufen für Hunderte von Milliarden Finanzmüllprodukte auf, die an keinem Markt mehr einen Preis erzielen können. Zentralbanken und Staaten versorgen in wachsendem Maße Unternehmen direkt mit Kredit. Auch dazu braucht man Privatbanken offensichtlich gar nicht. Für die Kreditversorgung wäre eh nur eine einzige Staatsbank erforderlich.

Die Lage zeigt den Bankrott des Privateigentums und die totale Phrasenhaftigkeit des Geredes von privater Eigenverantwortung an. Eigenverantwortung wird nur von Arbeitslosen verlangt.

Verstaatlichung – Vorstufe der Reprivatisierung

Das Finanzkapital dagegen hat die Basis seiner „Eigenverantwortung“, sein Eigenkapital so weit heruntergefahren bzw. den fälschlicherweise Einlagensicherungsfonds genannten Fonds so armselig ausgestattet, dass es die staatlichen Organe gezwungen hat, in seinem Interesse einzugreifen. Die Staaten des Finanzkapitals sträuben sich heftig dagegen, Mehrheitseigentümer zu werden und auf die Geschäftspolitik der subventionierten Banken Einfluss zu nehmen. Bis jetzt ziehen sie es vor, ihre Kapitalzuschüsse nur zu nutzen, um Gebühren und Zinsen mit Risikoaufschlägen dafür zu kassieren und beschränken sich auf stimmrechtslose Vorzugsaktien, die allerdings blöderweise im Insolvenzfall als letzte bedient werden. Pech.

Die kapitalistischen Staaten wollen als Vertretungsorgane des Finanzkapitals die Verwertung des Finanzkapitals auf Rechnung der ganzen Gesellschaft auf neue Beine stellen, um die Banken nach getaner Tat wieder in die Hände des Privatkapitals zu geben. Der US-Ökonom Paul Krugman nennt die Verstaatlichung von Banken treffend Vorprivatisierung (Pre-Privatization). Die

Verstaatlichung der HRE wurde nicht umsonst von der Deutschen Bank verlangt. Mit der Verstaatlichung der Banken oder auch nur der Verstaatlichung ihrer Sondermüllpapiere werden Bankbilanzen ganz oder teilweise Teil des staatlichen Haushalts, d.h. die in den Bilanzen schlummernden Risiken und die zu erwartenden Verluste werden aus einem privaten zu einem staatlichen Risiko bzw. Verlust. Das ist deutlich an den Banken zu sehen, die schon staatlich sind. Die Bayerische Landesbank und andere Landesbanken bieten das Modell.

Auch Forderungen nach Vergesellschaftung oder sogar Enteignung der privaten Banken laufen unter den heutigen Bedingungen auf eine Verstaatlichung durch den jetzigen Staat hinaus, da nur er in der Lage ist, der „neue“ Eigentümer zu sein. Die Kunden bzw. die Beschäftigten haben keinerlei Interesse an der Übernahme ihrer Banken als Eigentümer, müssten dann doch **sie** für die Verluste gerade stehen.

Verstaatlichung der Verluste erhöht Abhängigkeit vom Finanzkapital

Wir können nicht die Verstaatlichung der Verluste fordern. Dennoch registrieren wir einen Prozess der Verstaatlichung und wachsender Staatseingriffe, der vom völlig maroden Zustand der Kapitalverwertung erzwungen wird. Die erzwungenen Staatseingriffe führen zwangsläufig dazu, dass die Folgen der Vernichtung privaten Kapitals, also der Vernichtung von Kreditüberschüssen sich in sprunghaft höheren Staatsschulden niederschlagen. Die Staatsschulden werden notwendigerweise früher oder später mit Lohnkürzungen bei den staatlich Beschäftigten, mit Sozialabbau und mit Steuererhöhungen eingetrieben oder mit Inflation entwertet. Denn die Rettung bankrotter Banken und Unternehmen übersteigt letztlich auch die Kräfte von Staaten. Der Staatskapitalismus, der verzweifelt die Verwertungsbedingungen des Privatkapitals aufrecht erhalten will, kann die unlösbaren Widersprüche der Kapitalverwertung und der Marktgesetze auch nicht unter Kontrolle bekommen. Er stemmt sich ihnen mit aller Macht entgegen und je mehr er das tut, desto stärker wird die Wucht sein, mit der er die Folgen auf die ganze Gesellschaft, vor allem auf die LohnarbeiterInnen ablädt. Je mehr der Staat als Kreditgeber und Profitgarant wirkt, je höher die Staatsschulden werden, desto mehr wird er zum Knecht derjenigen, die ihm Kredite geben. Die Abhängigkeit der kapitalistischen Staaten vom Finanzkapital wird umso größer, je höher ihr Kreditbedarf. Der Zug geht also nicht in Richtung demokratischer Kontrolle des Finanzwesens mittels des Staates, sondern in Richtung wachsende Kontrolle der kapitalistischen Staaten durch ihre Gläubiger. Die Schuldenbremse, die die Christenparteien gemeinsam mit der SPD in Deutschland durchsetzen, wollen, signalisiert dem Finanzkapital, dass ihre Anleihen als erste bedient werden und der Rest der Gesellschaft sehen kann, wo er bleibt.

Verstaatlichung – Vergesellschaftung für wen?

Wie auch immer: Wenn schon die private Finanzwirtschaft auf Rechnung der ganzen Gesellschaft arbeitet und ohne die Krücken des Staates nicht überleben kann, - eine Entwicklung, die ohne unser Zutun verläuft, dann soll sie auch **dauerhaft** staatliches Eigentum bleiben. Wenn damit auch die Verwertung von

Kapital, die Produktion von neuen Kapitalüberschüssen und damit die Basis für neue Krisen aufrechterhalten bleibt, wäre das wenigstens eine schwere Niederlage des Privateigentums. *"Der Eingriff des Staates ist ein Armutszeugnis für die Finanzbranche und ein Schlag für die beste aller Lebensformen, die Soziale Marktwirtschaft mit freiem Unternehmertum"* (FAZ 13.10.2008).

Diese Verstaatlichung wäre jedoch keine wirkliche Vergesellschaftung, weil über die Staatsbanken nur das Gesamtkapital in seinem Gesamtinteresse die Geschäfte führen würde, also nur eine Minderheit in der Gesellschaft. Eine wirkliche Vergesellschaftung wäre nur über einen Staat möglich, der im Gegensatz zum jetzigen ein Staat der Mehrheit sein müsste. Erweiterte Mitbestimmung wäre noch keine Vergesellschaftung, da sich an den Eigentumsverhältnissen nichts ändert. Die bestehende Krise zeigt auf, dass die gegenwärtigen Eigentums- und Produktionsverhältnisse in wachsendem Maße zum Hindernis der Entwicklung werden. Was Millionen Lohnabhängige mit längeren Arbeitszeiten und sinkenden Löhnen erarbeitet haben, wird in weiten Teilen pulverisiert. Doch das Bedürfnis, sich vom Kapital zu emanzipieren und selbst Eigentümer der gesamten Produktionsbedingungen zu werden, ist bei den heutigen Lohnabhängigen kaum verbreitet.

Eine wirkliche, nicht nur scheinbare demokratische Kontrolle durch diejenigen, die den gesellschaftlichen Reichtum erarbeiten, setzt aber voraus, dass sie Eigentümer der Produktionsbedingungen und damit auch der Ergebnisse ihrer Arbeit sind, über deren Verwendung sie selbst bestimmen können.

IV) Wirtschaftskrise

Es wird behauptet, dass die Finanzkrise auf die Wirtschaftskrise übergegriffen habe. Der Anschein kann entstehen, weil die Finanzkrise Mitte 2007 ausbrach und die Industrieproduktion in Deutschland erst im letzten Quartal 2008 drastisch einbrach. Die Produktionseinbrüche sind jedoch in erster Linie Folge eines vom Zyklus des Finanzkapitals unabhängigen Zyklus des Industriekapitals. Der seit 2004 andauernde Aufschwung war eben zu Ende. Die Kapitalverwertung produziert nicht nur einen Überschuss an Geldkapital, sondern auch Überschüsse an Waren, an Produktionskapazitäten und an Arbeitskräften.

Ursachen von Wirtschaftskrisen – Überproduktion

Krisen entstehen, weil Unternehmen, ob Finanz- oder Industriekonzerne, jeder für sich in Konkurrenz zueinander Kapital verwertet und für unbekannte Märkte produziert oder z.B. Finanzprodukte verkauft. Märkte bestehen aus den unbekanntem Wirkungen unbekannter Entscheidungen einer unbekanntem Zahl von unbekanntem Leuten, die auf unbekanntem private Rechnung handeln. Märkte sind ihrer Natur nach unkontrollierbar. Das würde auch für die erhoffte solidarische Gesellschaft auf der Basis der Warenproduktion gelten.

Erst hinterher stellt sich heraus, ob die Märkte aufnahmefähig waren. Das treibt die Waren- und Kapitalmassen immer wieder über die Aufnahmefähigkeit der Märkte hinaus, zumal diese vom Kapital selbst relativ zu seiner Produktionsfähigkeit immer mehr eingeengt werden. Mit Hilfe steigender

Produktivität senkt das Kapital nämlich die Nachfrage nach der Ware, durch deren Nutzung es sich vermehrt, der Ware Arbeitskraft. Es untergräbt damit nicht nur die Nachfrage nach Konsumgütern, die die Realisierung der in den Waren steckenden Profite erschwert. Es untergräbt auch die materielle Basis der Produktion von Profiten. Denn Kapital besteht letztlich aus der Aneignung unbezahlter Arbeit der Arbeitskräfte. Je weniger Arbeitskräfte es beschäftigt, desto größer der Druck auf die Profitraten, desto unabweisbarer die Notwendigkeit, aus den verbleibenden Arbeitskräften mehr herauszuholen durch Arbeitszeitverlängerung, Intensivierung der Arbeit und Lohnsenkungen. Damit aber werden noch mehr Arbeitskräfte überflüssig. Das Kapital untergräbt selbst die Basis seiner Verwertung. Deshalb wird es gegen die LohnarbeiterInnen immer aggressiver. Egal, ob es kurzfristigen oder langfristigen Profitinteressen folgt.

Scheinblüte des letzten Zyklus

Die Profitraten sind nicht nur in der Verwertung des Geldkapitals langfristig gefallen, sondern auch für das Industriekapital. Der letzte Zyklus wies jedoch höhere Profitraten auf als in die vergangenen Zyklen. Ursache war der kreditgedopte Aufschwung der Weltproduktion und des Welthandels, der der sog. Realwirtschaft eine Scheinblüte verschaffte. Deutschland, dessen Exporte 50% des BIP ausmachen, profitierte davon in starkem Maße. Der Absatz von Automobilen, Maschinen usw. war ebenfalls kreditgedopt. Die Scheinblüte der Industrieproduktion bricht jetzt genauso zusammen wie die Scheinblüte der ewigen Geldvermehrung durch Geldanlagen. Die Finanzkrise springt nicht über, sondern: Der Kredit, gespeist aus den Kapitalüberschüssen der Realwirtschaft, wirkte im letzten Zyklus wie viagra für die Warenproduktion.

Ursachen der Wirtschaftskrise – zu geringe Binnennachfrage?

In Krisen geht die Investitionstätigkeit zurück, weil es Überkapazitäten gibt. Die Nachfrage nach Investitionsgütern und Konsumgütern nimmt ab. Ursache der Krise scheint also zu geringer Konsum zu sein. ver.di: *„Die Wirtschaftskrise ist durch die viel zu schwache Binnennachfrage verursacht“* (ver.di Wirtschaftspolitische Informationen 1/2009, 2). Aber: *„Die Unterkonsumtion der Massen ist ... eine Vorbedingung der Krisen und spielt in ihnen eine längst anerkannte Rolle; aber sie sagt uns ebenso wenig über die Ursachen des heutigen Daseins der Krisen, wie über ihre frühere Abwesenheit“* (Friedrich Engels, Anti-Dühring, Berlin 1969, 266). Mit Letzterem meint Engels, dass Unterkonsumtion besteht, solange es ausbeutende und ausgebeutete Klassen gibt, Krisen aber erst seit 1825 existieren. Krisen beenden Aufschwünge, in denen es bisher in der Regel die höchsten Lohnsteigerungen gab.

Die vorherrschende Meinung in der Arbeiterbewegung heute sieht als Ursache der Krise die zu geringe Binnennachfrage und zu geringe private Investitionen aufgrund zu geringer Binnennachfrage an. Daraus folgt: *„Die Bundesregierung muss der wichtigsten Krisenursache, der Konsumflaute, durch ein Konjunkturprogramm entgegenwirken. Dieses Konjunkturprogramm muss Maßnahmen zur Stützung der Masseneinkommen und ein Investitionsprogramm von mindestens 30 Milliarden Euro beinhalten. Damit wäre auch der*

Automobilindustrie geholfen“ (Die Linke im Bundestag, Pressemitteilung 14.10.2008).

Der Staat soll auch nach Meinung des Kapitals durch Investitionen die erlahmende Kapitalverwertung hochspritzen. Das ist gemeinsame Meinung aller Regierungen in den USA, China, Japan, Großbritannien, Frankreich, Deutschland usw. Gewerkschaftsführungen und linke Sozialdemokraten übertreffen die Forderungen der Bundesregierung. 50 Mrd. € seien nicht ausreichend, 100 Mrd.€ jährlich oder noch mehr seien notwendig. Was aber reicht aus, wenn doch die Krise der Warenproduktion genauso gelöst wird wie die Finanzkrise, nämlich durch die Vernichtung von schon investiertem Kapital? Konjunkturprogramme verschaffen dem Kapital Aufträge, die es sonst nicht hätte. Selbst in die Bereichen, in die bis jetzt so wenig investiert wurde, dass auch die Substanz zu verfallen beginnt (z.B. Schulen), wird jetzt aus konjunkturellen Gründen investiert. O.K. Das nehmen wir mit. Aber: es wird mit Staatskredit investiert und produziert. Nicht nur das Finanzkapital, auch das produktive Kapital möchte sich mit Staatskredit über Wasser halten.

Auch der private Konsum wird von den kapitalistischen Regierungen mit staatlichen Zuschüssen belebt. Entweder mit Steuererleichterungen für die bürgerlichen Schichten oder mit Konsumschecks, damit man sich irgendwas davon kaufen kann. Hier geraten auch die unteren Schichten in den Blick. Hartz IV Kinder erhalten 100 € Konsumscheck, obwohl doch für Steinbrück und von der Leyen feststeht, dass davon Bier, Zigaretten und Flachbildschirme gekauft werden. ~~macht nichts~~. Hauptsache gekauft. Schulkindern unter 14 hat man zwar den Wachstumsbedarf aberkannt, aber jetzt wird das weitgehend rückgängig gemacht, damit Unternehmen mehr Umsatz machen können. Auch das läuft nur über Kredite.

Der kapitalistische Staat ist bereit, Produktion und Konsumtion staatlich zu subventionieren, kann damit die Krise zwar etwas abmildern, überhebt sich aber weiter und liefert sich dem Finanzkapital und privaten Investoren aus. Die haben im Übrigen auch ein Interesse an Konjunkturprogrammen und Konsumschecks, weil gerade in der Finanzkrise Staatsschulden als sicherste Anlage gelten.

Die Ursachen der Wirtschaftskrisen bleiben trotz aller Staatsschulden jedoch bestehen. Die nächste Krise kommt bestimmt.

V) Finanz- und Wirtschaftskrise: Produkt der Umverteilung?

Sahra Wagenknecht: *"Letztlich ist die aktuelle Finanzkrise nichts anderes als das Resultat neoliberaler Umverteilung: Durch die Senkung von Unternehmens-, Vermögens- und Spitzensteuersätzen sowie eine Politik des Lohn- und Sozialdumpings sind jene Rekordgewinne entstanden, die anschließend auf den Finanzmärkten auf der Suche nach immer höheren Renditen verspekuliert wurden"* (Sahra Wagenknecht, Doppelte Enteignung, junge welt 15.10.2008).

Daraus schließt sie, *"dass eine Umverteilung zugunsten der Beschäftigten, der Rentnerinnen und Rentner sowie der Arbeitslosen auch das beste Mittel ist, um künftigen Finanzkrisen vorzubeugen"* (ebda.). Ein krisenfreier Kapitalismus ist

also angeblich möglich. Finanzkrisen lassen sich aber ebenso wie Wirtschaftskrisen nicht durch Umverteilung lösen, da sie auch nicht durch Umverteilung entstanden sind.

Verteilungsverhältnisse – Produkt der Produktionsweise auf der Basis der Kapitalverwertung

In der Tat haben sich die Verteilungsverhältnisse seit längerem weltweit zuungunsten der Lohnabhängigen und zugunsten des Kapitals verändert. Die Schere zwischen Armut und Reichtum klafft weltweit innerhalb und zwischen den kapitalistischen Ländern immer weiter auseinander.

Dass der Mangel an verteiltem Geld Ursache der wachsenden Armut sei, wäre jedoch eine ebensolche Binsenweisheit, wie dass der Überfluss an Geldbesitz Ursache des Reichtums sei. Schlechtes Wetter müsste dann in der Abwesenheit von schönem Wetter begründet sein und die Anwesenheit des Teufels in der Abwesenheit Gottes.

In der Tat wurde das Auseinanderklaffen der Verteilung staatlich gefördert. Aber nur weil eine Reihe von Maßnahmen, die sich zugunsten des Kapitals auswirken, durch staatliche Instanzen hindurchgegangen und von ihnen beschlossen worden sind, haben die Verteilungsverhältnisse noch lange nicht in erster Linie politische Ursachen.

Die gegenwärtigen Verteilungsverhältnisse sind nicht das Ergebnis falscher Verteilungspolitik bzw. eines noch nicht vollzogenen Politikwechsels auf der Basis einer SPD-Linken-Koalition. *„Die jedesmalige Verteilung der Konsumtionsmittel ist nur Folge der Verteilung der Produktionsbedingungen selbst; letztere Verteilung aber ist ein Charakter der Produktionsweise selbst. Die kapitalistische Produktionsweise z.B. beruht darauf, dass die sachlichen Produktionsbedingungen Nichtarbeitern zugeteilt sind unter der Form von Kapitaleigentum und Grundeigentum, während die Masse nur Eigentümer der persönlichen Produktionsbedingung, der Arbeitskraft ist. Sind die Elemente der Produktion derart verteilt, so ergibt sich daraus von selbst die heutige Verteilung der Konsumtionsmittel. ... Der Vulgärsozialismus ... hat es von den bürgerlichen Ökonomen übernommen, die Distribution als von der Produktionsweise unabhängig zu betrachten und zu behandeln, daher den Sozialismus hauptsächlich als um die Distribution sich drehend darzustellen“* (Karl Marx, Kritik des Gothaer Programms, MEW Bd. 19, 22).

Nicht die staatliche Umverteilung, sondern die wachsende Produktivität führt unter kapitalistischen Bedingungen dazu, dass sich immer mehr Kapital in der Verfügung immer größerer Konzerne und damit in der Hand ihrer Eigentümer und Verwalter zusammenballt. Je größer der Umfang ihres Kapitals, desto größer auch der Reichtum seiner Besitzer und die Vergütung ihrer Manager.

Die wachsende Produktivität führt auf dem anderen Pol der Gesellschaft dazu, dass die Nachfrage nach der Arbeitskraft derer, die außer ihrer Arbeitskraft nichts besitzen, tendenziell abnimmt. Mit der Arbeitslosigkeit verschlechtern sich die Verkaufsbedingungen der Ware Arbeitskraft. Es wächst der Druck auf die

Löhne und damit auch die Verarmung der arbeitenden Lohnabhängigen. Arbeitslosigkeit, Armutslöhne und die Ausdehnung prekärer Arbeitsverhältnisse erhöhen die Existenzunsicherheit der LohnarbeiterInnen. In der jetzigen Krise wird die Arbeitslosigkeit erheblich zunehmen und damit auch der Druck auf Lohnsenkungen. Die gleichzeitige Produktion von Reichtum und Armut ist nicht Produkt einer falschen Verteilung, sondern des Verwertungsprozesses von Kapital, Produkt der bestehenden Produktionsweise. . „*Es folgt daher, dass im Maße wie Kapital akkumuliert, die Lage des Arbeiters, welches immer seine Zahlung, hoch oder niedrig, sich verschlechtern muss*“ (Karl Marx, Das Kapital Bd. I, 675).

Von daher ist es „*überhaupt fehlerhaft, von der sog. Verteilung Wesens zu machen und den Hauptakzent auf sie zu legen*“ (Karl Marx, Kritik des Gothaer Programms, MEW 19, 22).

VI) Wir zahlen nicht für eure Krise!

In der jetzigen Krise geht es vor allem darum, dafür zu kämpfen, dass die Folgen der Krise für die LohnarbeiterInnen abgemildert werden. Das bedeutet die Losung: Wir zahlen nicht für eure Krise!

Wir sollten aber nicht wie ver.di und IG Metall die Meinung verbreiten, dass es Krisen ohne die Folgen von Krisen, d.h. Krisen ohne Entlassungen geben könne. Entlassungen aufgrund von Überkapazitäten zu verbieten, könnte man nur, wenn man die Krise selbst verbieten könnte. Im Übrigen kann Personal auch anders abgebaut werden als mit Entlassungen, d.h. mit betriebsbedingten Kündigungen. Ausscheidende Arbeitskräfte werden nicht ersetzt, Befristungen nicht verlängert, Eigenkündigungen mit Abfindungen gefördert usw.

Solange die Grundlage der Ökonomie die Kapitalverwertung ist, gibt es Krisen und wir zahlen dafür. Sie ist von daher auch unsere Krise. Wir würden erst dann nicht mehr für die Krisen der Kapitalverwertung zahlen, wenn diese abgeschafft wäre. In kapitalistischen Krisen zahlen die Lohnabhängigen immer, fragt sich nur wie viel.

Die wichtigsten Forderungen angesichts der gegenwärtigen Krise sind soziale Forderungen. Ich nenne nur fünf.

- a) Arbeitszeitverkürzung auf 30 Stunden bei vollem Lohnausgleich ist längst überfällig. Um Entlassungen zu vermeiden und den gigantischen Produktivitätsfortschritt für die Verbesserung der sozialen Verhältnisse zu nutzen, muss die Arbeitszeit drastisch verkürzt werden. Mit vollem Lohnausgleich, weil die gestiegene Produktivität sich bisher weder in Arbeitszeitverkürzung noch in notwendigen Lohnerhöhungen niedergeschlagen hat.
- b) Ein gesetzlicher Mindestlohn von mindestens 10 € brutto. Der Mindestlohn, d.h. die Mindestbedürfnisse eines Lohnabhängigen dürfen nicht mit Lohnsteuer belegt werden.
- c) Anhebung des Eckregelsatzes von Hartz IV auf mindestens 500 € und damit

auch Anhebung der Kinderregelsätze. Es ist ein Erfolg des Drucks von unten, nicht zuletzt durch das Bündnis gegen Kinderarmut durch Hartz IV, dass wenigstens die Regelsatzkürzung für Schulkinder unter 14 Jahren weitgehend rückgängig gemacht worden ist. (<http://www.kinderarmut-durch-hartz4.de>)

- d) Ausdehnung der Bezugsdauer der Arbeitslosenversicherung auf mindestens fünf Jahre.
- e) Rente mit 60. Stärkung der gesetzlichen Rentenversicherung und Abschaffung aller Formen der kapitalgedeckten Altersvorsorge, da diese zur Vernichtung von Rentenansprüchen führt.

Bei der Vorbereitung der Demonstration zum 28.3. gab es Auseinandersetzungen um die Höhe der Forderungen. Unter dem Druck der Linkspartei und Attac spricht sich der Aufruf nur für einen „armutsfesten“ gesetzlichen Mindestlohn aus, womit indirekt der Hungerlohn von 7,50 € als armutsfest bezeichnet wird. Er spricht ferner für die sofortige Erhöhung des Eckregelsatzes aus, womit auch die in der 435 € -Forderung eingeschlossene Akzeptanz der Mangelernährung abgesegnet wird usw.

Der Aufruf folgt der sogenannten „Verständigungsplattform“ zivilgesellschaftlicher Bewegungen, einer Plattform des Politikwechsels unter Federführung der IG Metall: *„Wir wollen am Neuaufbau einer Welt mitarbeiten, in der Menschen in die Lage versetzt werden, solidarisch ihre Probleme zu lösen.“* *„Die übergreifende Perspektive ist die Rekonstruktion und Mobilisierung einer solidarischen Gesellschaft. ... Eine solidarische Gesellschaft braucht eine solidarische Verteilung des Reichtums“* (<http://www.wissenstransfer.info/wissen/pages/news.php?id=99>).

Aber selbst wenn die sogenannte Triade (10 € Mindestlohn, 30 Stundenwoche und 500 € Eckregelsatz) in den Aufruf aufgenommen worden wäre, wäre er inakzeptabel. Denn der Aufruf würde dann zehn Euro Mindestlohn, 500 Euro Eckregelsatz und die 30 Stundenwoche und nicht nur Mindestlohn, Regelsatzerhöhung und Arbeitszeitverkürzung als „Schritte auf dem Weg in eine solidarische Gesellschaft“ bezeichnen, als Schritte, die den „Umbau der Wirtschaft vorantreiben“. Eine Gesellschaft, in der die Arbeitskraft eine Ware ist, die nur gekauft wird, wenn die Käufer an ihrer Nutzung verdienen, kann niemals solidarisch sein. Es sei denn, man kann sich eine solidarische Ausbeutung vorstellen. Das sollte man den Kirchen überlassen. Wenn die Senkung der Arbeitszeit auf 30 Stunden, ein gesetzlicher Mindestlohn von zehn Euro und die Erhöhung des Eckregelsatzes auf 500 € gegen den heftigen Widerstand des Kapitals durchgesetzt würde, wäre damit kein solidarisches Verhältnis zwischen Lohnarbeit und Kapital gegeben, die Ware Arbeitskraft würde sich nur besser verkaufen.

Der unübertroffen einfach formulierende Vordenker der SPD, Müntefering gibt den Ton an, dem wir nicht folgen sollten: *„Die Melodie „Seid alle bescheiden“, hilft uns gerade jetzt überhaupt nicht weiter. Die Menschen brauchen Vertrauen, wir brauchen ihren Konsum. Für beides hilft ein bisschen mehr im Portemonnaie“* (vorwärts 24.10.2008). Die Forderungen nach gesetzlichem Mindestlohn ist für

uns keine Forderung, die Vertrauen in das Kapital schafft und dient auch nicht vor allem der Umsatzsteigerung. Und für ein bisschen mehr im Portemonnaie sollten wir uns auch nicht die Fata Morgana einer solidarischen kapitalistischen Gesellschaft aufschwätzen lassen.

Schluss

U.a im Umfang des Geldkapitals drückt sich der Reichtum kapitalistischer Gesellschaften aus.

Dieser Reichtum wird nicht verwandt, um Bereiche zu entwickeln, die unterdurchschnittliche oder gar keine Renditen abwerfen, z.B. in den Ausbau des öffentlichen Nah- und Fernverkehrs, den Ausbau erneuerbarer Energien, den Bau von Mietwohnungen, den Ausbau von Bildungs- und Kultur- und Sporteinrichtungen, die Förderung von Landwirtschaft und Handwerk. Er wird nicht in den Ausbau aller Möglichkeiten gesteckt, die individuellen Fähigkeiten jedes Einzelnen zu entwickeln, nicht in massive Arbeitszeitverkürzung, Gesundheitsprävention bzw. verbesserte Gesundheitsversorgung, kostenlose Befriedigung von Grundbedürfnissen nach Mobilität, den massiven Ausbau der Kinderbetreuung usw. Er wird auch nicht zur Bekämpfung der Armut verwandt, die sich als Kehrseite des Reichtums ebenso schnell entwickelt wie dieser. Der Reichtum wird lieber in unglaublichem Umfang verwettet. Auf der Basis dieser asozialen Wirtschaft gibt es letztlich keine Lösung für die Probleme, die sie erzeugt. Die Krise mit der Explosion von Staatskrediten zu „lösen“ bereitet die nächste Krise vor, falls die jetzige überhaupt bewältigt werden kann.

Ein Systemwechsel wäre in der Tat nötig. In der Form, dass die sachlichen Produktionsbedingungen, der wirtschaftliche Überschuss kein Kapital mehr und die Arbeitskraft keine Ware mehr ist. Die Produzenten des Reichtums müssten auch die Eigentümer ihrer Produktionsbedingungen sein, um zu ermöglichen, dass der von ihnen erarbeitete Reichtum für die maximale Entfaltung ihrer Bedürfnisse verwendet wird und nicht in Krisen vernichtet und in Spekulation verjubelt wird. Das allein wäre die Vorbedingung einer Gesellschaft, die man als solidarisch bezeichnen könnte.

Wir leben in einer Wirtschaftsordnung, in der die Menschen die wirtschaftlichen Abläufe nicht unter Kontrolle haben (denn keiner will doch Krisen), sondern in der sie durch die Produkte ihrer eigenen Arbeit beherrscht werden. Sie werden beherrscht durch sachliche, ökonomische Gesetze, die wie Naturgesetze wirken, aber natürlich von Menschen gemacht und damit nicht ewig gelten müssen, also historisch sind.

Erst wenn Menschen nicht mehr von den Naturgewalten der Kapitalakkumulation beherrscht werden, kann man davon sprechen, dass Zeiten angebrochen sind, in denen statt Abhängigkeit Freiheit und statt Demütigung Menschenwürde Einzug gehalten haben, Zeiten, die sich dadurch auszeichnen, dass die maximale Entwicklung des Potentials aller Menschen der einzige Zweck menschlicher Tätigkeit geworden ist.